



Pressemitteilung vom 19. September 2008

Von der FDP weichgekocht?

Erst Bestandsschutz – dann neue Schützengräben zur Besänftigung der FDP

Frau Ministerin Sommer trägt mit ihrem Ministerium nur zwei Schulformen – das Gymnasium und die Hauptschulen. Die Gesamtschulen werden weiter seitens Schulministerium und nun auch deutlich von der kompletten Landesregierung diskreditiert. Realschulen haben das Glück, gänzlich aus dem politischen Fokus geraten zu sein.

Anette Plümpe, Vorsitzende des Landeselternrates der Gesamtschulen in NRW (LER): „Wir Eltern der Gesamtschulen in NRW können der Opposition nur zustimmen: **Die Ablehnung der Bestandsgarantie der Gesamtschuloberstufen ist der vorläufige Höhepunkt einer beispiellosen Diffamierungskampagne von CDU und FDP gegen die Gesamtschulen.**“

Der LER fordert die immer wieder von Ministerin Sommer öffentlich zugesagte Fürsorgepflicht für alle Schulen somit auch für die Gesamtschuloberstufen: „Blumige Briefe der Ministerin an die Gesamtschullehrer - so geschehen nach der Unterschriftenübergabe seitens GEW, LER und GGG am 01.09.2008 - sind in der Rückschau genauso heuchlerisch wie ihre Auftritte als „Bildungsmutter“ am Rednerpult!“

Der LER weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Bundesrepublik einen eklatanten Facharbeitermangel und eine zu geringe Abiturientenquote vorzuweisen hat. „**Vielleicht erinnert sich Ministerpräsident Dr. Rüttgers noch einmal an seine Wahlkampfparole von vor 4 Jahren – Kinder statt Inder. Damals war ihm durchaus bewusst, dass wir mehr für unsere Kinder und ihre Bildungschancen tun müssen.**“

Die Oberstufen der Gesamtschulen tragen seit nunmehr 40 Jahren mit dazu bei, diese Quoten zu erhöhen und schneiden in den zentralen Abiturprüfungen nur marginal schlechter ab als die Gymnasien. Plümpe: „Wir scheuen keinen Vergleich mit dem Gymnasium – aber wir sind kein Gymnasium. Wir bilden nicht ausschließlich für ein Studium aus. Gerade deshalb sind wir auch in punkto Bildungsgerechtigkeit bis zum Abitur so erfolgreich.“

Das haben inzwischen auch Wirtschaftsverbände und Industrie erkannt: „**Die Chancen von Jugendlichen ihr Abitur zu machen, sind an der Gesamtschule höher als am Gymnasium.**“ So Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB NRW. Eine Studie des Ifo-Instituts belegt, dass Gesamtschulen keine schlechteren Bildungsergebnisse erzielen als andere Schulformen und Bildungsselektion vor allem dort stattfindet, wo auf Gedeih und Verderb am gegliederten System festgehalten wird. Bildungsforscher Jürgen Baumert zu NRWs Bildungspolitik: „**Das Land ist gerade dabei, sich das Leben schwer zu machen. Mit einem kompromisslosen Beharren auf hergebrachten Strukturen werden Kosten verursacht und Handlungsmöglichkeiten abgeschnitten.**“

Das Land NRW kann sich weder solch eine reaktionäre Schulpolitik noch eine Ministerin leisten, die die Leistungen ihrer Lehrer und Schüler verunglimpft. Es kann nicht sein, dass Gesamtschulen grundsätzlich nicht als eigenständige, sehr gut funktionierende und kommunalpolitisch durchaus gewollte Schulform gesehen, sondern je nach landespolitischem Bedarf mal als Hauptschule, mal als Gymnasium definiert werden – und dies nur, weil die nackten Fakten zum Leidwesen von CDU und FDP keine Fehl- oder Minderleistungen belegen. Plümpe: „Wir können den Vertretern der Landesregierung nur empfehlen, einmal die Schulträger zu fragen, ob diese sich freiwillig von den Gesamtschuloberstufen trennen würden.“ Hier kocht der Unmut schon bedenklich lange hoch, weil das Land den Kommunen das Recht abspricht, Gesamtschulen zu erweitern oder gar neu zu gründen. „**Kommunen in NRW stehen Jahr für Jahr vor dem Phänomen, dass die Anmeldezahlen an Gesamtschulen steigen, obwohl die Schülerzahlen rückläufig sind. Nur darauf reagieren dürfen sie nicht!** Solange die CDU der Meinung ist, sie könne mit Zugeständnissen in Bildungsfragen die Koalition retten, wird NRW weiter im schlechten Mittelfeld der Bildungsstudien zu finden sein.“

Ansprechpartner:

Anette Plümpe, Vorsitzende

02383 - 4092

Vorsitzende:

Anette Plümpe, Dürerstr. 30, 59199 Bönen – Fon 02383-4092 – e-mail: pluempe_a@yahoo.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.